

Vorbereitung EU-Diskussion zum Themenblock Demokratie

1. Als Teil der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft, legt die EU großes Gewicht auf die Demokratie als Gesellschafts- und Staatsform. Diese soll auf unterschiedlichste Art in andere Regionen exportiert werden. Gegen Autokratien und Diktaturen lassen sich Kriege legitimieren und Sanktionen rechtfertigen.
2. Tatsächlich ist die Demokratie in der EU bei weitem nicht perfekt. Sowohl die Nationalstaaten als auch die Verfasstheit der EU selber haben deutliche Defizite bzgl. ihrer Demokratie.

In Ländern wie Ungarn und Polen sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seit Jahren in arger Bedrängnis.

Auch Deutschland trägt mit der Verschärfung der Polizeigesetze in mehreren Bundesländern nicht gerade zur Stärkung der Demokratie bei.

Obwohl das Grundgesetz auch andere Möglichkeiten der Beteiligung der Bevölkerung vorsieht, beschränkt sich diese im Wesentlichen auf die parlamentarische Demokratie. Wahlen und die Arbeit in Parteien sind die wesentlichen Möglichkeiten der Beteiligung. Die aktive Zivilgesellschaft wird durch die Vorgaben des Gemeinnützigkeitsrechts und deren Interpretation zunehmend behindert.

Anders als die Zivilgesellschaft haben finanzstarke Lobbygruppen einen gewaltigen Einfluss auf die Politik. Deren Interessen wird stärker nachgegeben, selbst wenn dies dem Gemeinwohl entgegensteht.

In der EU bilden Kommission, Rat und Parlament die mächtigsten Instanzen. Nur die Zusammensetzung des EU-Parlaments wird in direkten demokratischen Wahlen bestimmt. Doch anders als die beiden anderen Instanzen, hat das EU-Parlament nicht mal ein Initiativrecht bezgl. Gesetzgebung.

Der Rat setzt sich aus Vertreter*innen der nationalen Exekutiven zusammen. Defizite in den Mitgliedstaaten werden so in ein wesentliches Organ der EU weitergetragen.

Die demokratische Legitimation der EU-Kommission ist noch dürftiger. Bei den letzten Wahlen z.B. wurde der Wahlbevölkerung der EU ein „Spitzenkandidat“ für dieses mächtigste Gremium präsentiert. Doch nach der Wahl verschwand dieser in der Versenkung. Statt dessen wurde die aktuelle Kommissions-Präsidentin Ursula Gertrud von der Leyen auf diesen Posten gelobt. Es war ein sehr durchsichtiges Manöver, das Demokratie vorgaukeln sollte, die nicht gegeben ist.

Hinzu kommt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten zahlreiche Freihandelsabkommen abschließen, die den Handlungsspielraum der jeweiligen Parlamente stark einschränken. Mit der Möglichkeit von Investor-Staats-Klagen, wird ein mächtiger Kontrollhebel in die Hände von nicht demokratisch legitimierten sogenannten Investitionsgerichtshöfen gelegt

Als Mittel der direkten Demokratie sieht die EU die Europäische Bürger Initiative vor. Der Versuch eine EBI gegen TTIP zu starten wurde allerdings von der Kommission abgelehnt. Im Nachhinein bestätigte der EuGH das Begehren der Initiator*innen. Geholfen hat dies jedoch zu dem Zeitpunkt nicht mehr. Konsequenzen hatte das illegitime Verhalten der Kommission nicht.

Rechtsextremistische Parteien sind europaweit auf dem Vormarsch. Viele davon verachten die Demokratie oder lehnen sie ab. Diese Entwicklung nimmt auch in Deutschland beunruhigend zu. Politiker*innen der vermeintlichen Mitte

reden ihnen nach dem Mund und legitimieren damit rassistische und antidemokratische Positionen.

Schon vor Jahren machte das Wort von der Postdemokratie die Runde ohne wirklich wachzurütteln.

Wir fordern die Zurückdrängung des Einflusses von Lobbygruppen und die Ausweitung der Möglichkeiten direkter Demokratie auf allen Ebenen in der EU.

Völkerrechtliche Verträge, die die EU schließt, dürfen demokratische Entscheidungsmöglichkeiten nicht beschränken. D.h. Handelsverträge dürfen auf keinen Fall Sonderklagerechte für Konzerne enthalten.

Der Einfluss der EU-Kommission darf den des gewählten EU-Parlaments nicht überschreiten. Das Parlament muss mindestens auch ein Initiativrecht erhalten.